

Antrag-Nr.: 1.2
zu TOP: 7
Rasterpkt.: Allg. Ges. Pol.

A N T R A G
zur Hauptversammlung vom 9. bis 11. Oktober 2014 in Würzburg

Antragsteller: Bundесvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband: _____

Headline: Resolution

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) fordert
2 die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die hochwertige und wohn-
3 ortnahe zahnmedizinische Versorgung in Deutschland für zukünftige Generationen
4 zu sichern:

5

6 **1. Freiberufliche Versorgungsstrukturen stärken**

7 Die selbstständig geführte Zahnarztpraxis ist die Grundlage für die qualitativ hoch-
8 wertige, flächendeckende zahnmedizinische Versorgung. Durch die freiberufliche
9 Versorgungsstruktur haben Patienten selbst in strukturschwachen Regionen die
10 Möglichkeit, zeit- und wohnortnah einen Zahnarzt aufzusuchen. Zentralisierungspro-
11 zesse durch den Ausbau von MVZ-Strukturen dagegen gefährden die patientenorien-
12 tierte Versorgungslage im Bereich der Zahnmedizin und widersprechen dem Bekenn-
13 nis der Regierung zur Freiberuflichkeit. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte
14 lehnt zahnärztliche Versorgungsstrukturen im Fremdbesitz ab.

15

16 **2. Therapiefreiheit wiederherstellen**

17 Nur der Zahnarzt ist durch sein Fachwissen befähigt, den Patienten zu beraten und
18 mit ihm gemeinsam die geeignete Therapie festzulegen. Es ist eine Fehlentwicklung,
19 dass fachfremde Dritte wie der Gesetzgeber oder die Kostenträger zunehmenden
20 Einfluss auf die Therapieentscheidung nehmen. Politische oder wirtschaftliche Inter-
21 essen dürfen nicht über dem Patientenwohl stehen. Der Freie Verband Deutscher
22 Zahnärzte spricht sich für eine freie Zahnarzt-Patienten-Beziehung ohne Fremdein-
23 fluss aus.

Abstimmung: bei sehr wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68

3. Prämienmodell Zahnmedizin

Der FVDZ bekennt sich weiterhin zum „Prämienmodell Zahnmedizin“. Er fordert die Körperschaften auf, sich gemeinsam mit dem FVDZ bei der Politik für ein Pilotprojekt „Prämienmodell Zahnmedizin“ einzusetzen.

4. Bürokratie abbauen und Kosten ausgleichen

Der Verwaltungsaufwand in den Zahnarztpraxen bindet unverhältnismäßig viel Zeit und Ressourcen ohne adäquaten Nutzen für die zahnmedizinische Versorgung der Patienten. Verwaltungsaufgaben dürfen nicht beliebig auf Kosten der Zahnarztpraxen ausgeweitet werden. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte fordert, diese Entwicklung zu stoppen, bürokratische Hürden abzubauen und Verwaltungsprozesse zu verschlanken. Behandlungsunabhängige Bereitstellungskosten (u.a. Kosten für Verwaltung, Qualitätsmanagement, Dokumentation) sind angemessen (gemäß BGB) zu entgelten.

5. Datenschutz gewährleisten

Patientendaten sind äußerst sensible Daten. Sie unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht und müssen geschützt werden. Der Schutz der Patientendaten ist höher zu bewerten als das ökonomische Interesse der Krankenkassen. Der Gesetzgeber hat dafür Sorge zu tragen, dass die Datenhoheit der Patienten gewahrt bleibt.

6. Aufgabenteilung einhalten: Delegation ja. Substitution nein.

Die Delegation von Leistungen an das Assistenzpersonal verantwortet der Zahnarzt. Welche Tätigkeiten Zahnärzte an wen delegieren können, ist im Zahnheilkundengesetz (§ 1 Absatz 5 und 6) geregelt. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung der Substitution ärztlicher Leistungen konterkariert den Patientenschutz und führt zur Billigmedizin. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte fordert die Beibehaltung der im Zahnheilkundengesetz vorgesehenen Regelungen.

7. Approbationsordnung modernisieren

Die zahnmedizinische Ausbildung wird in der Approbationsordnung aus dem Jahr 1955 geregelt. Die Zahnheilkunde ist komplex und hat sich aufgrund des medizinischen und technischen Fortschrittes in den letzten Jahren stark verändert. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte fordert die Modernisierung der Approbationsordnung. Die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten in der Zahntechnik sind integraler Bestandteil der zahnmedizinischen Ausbildung und in der Approbationsordnung beizubehalten.

8. Universitäre Ausbildung sicherstellen

Nur durch eine qualitativ hochwertige Forschung und Lehre bleibt die Zahnheilkunde in Deutschland auf ihrem anerkannt hohen Niveau. Um die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung zu sichern, müssen genügend qualifizierte Studienplätze und Lehrpersonal zur Verfügung stehen. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte fordert, bestehende Fakultäten in erforderlichem Umfang zu erhalten und zu fördern.